

## TU-INFO — KOMMENTAR ZU SCHUY

Nach diesem Gespräch drängen sich dem Leser sofort eine ganze Reihe von Fragen auf:

Wie ist es möglich, daß Forschungsergebnisse ungenutzt bleiben, wenn Österreich ohnehin nur magere 1,3% seines Bruttonationalproduktes (Durchschnitt der kleinen Industriestaaten: 2%) in die Forschung investiert. Wieso werden aussichtsreiche Forschungsvorhaben nicht in Angriff genommen, obwohl es in Österreich 150.000 Arbeitslose bei chronischem Zahlungsbilanzdefizit gibt. Wie kommt es schließlich, daß in Österreich seit Jahren die Rüstungsindustrie forciert wird, während für Milliarden Schilling nichtmilitärische Güter importiert werden, die jederzeit von der österreichischen Industrie anstelle von Waffen produziert werden könnten.

Wieso ist die Wirtschaft, insbesondere die verstaatlichte Industrie nicht imstande, viele von den Anregungen und Möglichkeiten wahrzunehmen, die aus dem Bereich der Forschung kommen. Die Antwort auf diese Fragen steckt zum Teil in der österreichischen Forschungskonzeption. Seit 1967 hat Österreich zwei Fonds zur Förderung der Forschung. Mit einem der beiden, dem Fonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung, huldigt man der Freiheit der Wissenschaft, in dem Glauben, daß jede Forschung irgendwann einmal relevant werden könnte und daher finanziell unterstützt werden muß, sofern sie nur der Entwicklung der Wissenschaften dient. Ob angesichts der beschränkten Mittel eine solche Annahme zielführend ist, kann bezweifelt werden. Ihr widerspricht die Finalisierungstheorie, die besagt, daß die meisten Wissenschaften sich heute in einem fortgeschrittenen Stadium befinden, in dem ihre Fortentwicklung durch äußere Zielsetzungen erfolgen kann und soll. Es ist eine philosophische Frage, ob nicht überhaupt die meisten Naturwissenschaften eigentlich Technik-Wissenschaften sind. In Österreich jedenfalls bleibt die Welt der Forschung zweigeteilt. Für den zweiten Teil dieser Welt ist der Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft zuständig. Schon nach dem Namen zu schließen werden hier eher Forschungsvorhaben gefördert, deren Ergebnisse tatsächlich zu neuen, besseren Verfahren und Produkten führen. Die Antragsteller kommen zumeist unmittelbar aus Industrie und Gewerbe oder es sind Institute, die Auftragsforschungen aus diesem Bereich durchführen. Die Verwertung erfolgt in der Regel durch den Auftraggeber bzw. Förderungswerber selbst. Auch hier stellt sich die Frage, ob die Ergebnisse nicht weiteren potentiellen Verwertern zugänglich gemacht werden könnten, genauso wie die Ergeb-

nisse zahlloser wissenschaftlicher Arbeiten, Diplomarbeiten und Dissertationen, die auf eine Nutzanwendung warten. Das Forschungsförderungsgesetz (1967) verlangt lediglich, daß die Fonds „Vorsorge für eine geeignete Verwertung und Verbreitung“ zu treffen haben. Wie das geschehen soll, bleibt dahingestellt. Das im Sommer 1982 (zusammen mit der berüchtigten AHStG-Novelle) verabschiedete For-

der Universitäten systematisch gefördert. Vorhandene Methoden zur Produktentwicklung werden an die Bedürfnisse kleiner und mittlerer Unternehmungen angepaßt, ebenso werden Möglichkeiten zur Weiterbildung im Innovationsmanagement angeboten um das für Zukunftsaufgaben benötigte Personal bereitzustellen. In Österreich betätigt sich der Staat, wenn es um die Sicherung von Arbeits-

ICH MÖCHTE DAS TU-INFO IMMER  
KOSTENLOS ZUGESCHICKT ERHALTEN

VORNAME: \_\_\_\_\_ NACHNAME: \_\_\_\_\_ AN DIE  
STRASSE/GASSE/PLATZ: \_\_\_\_\_ NR. \_\_\_\_\_ ÖSTERREICHISCHE  
HOCHSCHÜLER  
SCHAFT AN DER  
TU GRAZ  
RECHENBAUERSTR. 12  
8010 GRAZ

PLZ: \_\_\_\_\_ ORT: \_\_\_\_\_

schungsorganisationsgesetz (FOG) hat außer einigen weiteren Räten und Gremien nichts zu einem breiten Informationsaustausch zwischen Forschungsinstitutionen und potentiellen Nutzern beigetragen. Im Vorentwurf zum FOG wurde die Einbeziehung sämtlicher Nutzer als „kaum zu lösendes Problem“ bezeichnet. Obwohl der Durchschnittösterreicher nicht gerade mit Flexibilität, Innovations- und Risikofreudigkeit gesegnet ist, vertraut man weiterhin darauf, daß Profitinteressen zusammen mit günstigen Zufällen ausreichen, Forscher und Anwender zusammenzubringen.

Einrichtungen, die geeignet wären, das Informationsmanko zu beheben, universitäre Technologietransfer- und Kontaktstellen, bestehen in Schweden seit über 10 Jahren, in der BRD seit 1975. Sie arbeiten eng mit den dortigen Forschungsförderungseinrichtungen zusammen. Zudem gibt es in Schweden seit 1978 24 regionale Transferstellen (utvecklingsfonden). Sie versuchen das nationale Forschungspotential im Hinblick auf die Entwicklung der Region einzusetzen.

Neben der Technologievermittlung und der finanziellen sowie organisatorischen Beratung von Unternehmen werden technologie-orientierte Unternehmensgründungen als „Ableger“

plätzen geht, vorwiegend als Krisenfeuerwehr. Es werden Milliarden in bankrotte Unternehmungen gepumpt, statt mit einem Bruchteil dieses Geldes ein Technologietransfersystem aufzubauen, das neue produktive Arbeitsplätze schafft und die vorhandenen sichert.

Die Bundesregierung hat durch Mehrheitsbeteiligungen (über CA und Länderbank) entscheidenden Einfluß auf einen Großteil der österreichischen Rüstungsindustrie. Diese Industrie beliefert Gangster (Bolivien), Despoten (Marokko), Mörder und Folterer (Argentinien). Moralische Bedenken dagegen werden mit dem Argument weggewischt, es gebe keine andere Möglichkeit, die Arbeiter der Rüstungsbetriebe zu beschäftigen. Wie ernsthaft die Suche nach Alternativen zur Waffenproduktion betrieben wird, kann man sich denken, wenn man weiß, daß ein so aussichtsreiches Projekt, wie die Herstellung von Endprothesen für Hüftgelenke seit Jahren in den Schubladen der VEW (Vereinigte Edelmetallwerke) und des Gesundheitsministeriums vergilbt. Bei den VEW ist man dafür sehr tüchtig, wenn es ums „Gesund-schrumpfen“ geht. Bis 1984 sollen weitere 1500 Arbeitskräfte entlassen werden.

W. RAUH